

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt I - Bestandsaufnahme und Analyse zu Rassismus und Rechtsextremismus in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine bayernweite Bestandsaufnahme und Analyse zur Entwicklung von rechtsextremen und rassistischen Gewalttaten und Übergriffen im Freistaat bei einer unabhängigen Forschungseinrichtung oder einem fachlich qualifizierten Institut in Auftrag zu geben. Ziel einer solchen Studie ist eine realistische Problembeschreibung angesichts einer hohen Dunkelziffer bei rechten und rassistischen Vorfällen in Bayern. Erst auf Basis einer genauen flächendeckenden Bestandsaufnahme und Analyse lassen sich Kriterien für eine angemessene Erfassung rechter und rassistischer Vorfälle sowie der genaue und regionalspezifische Maßnahmen gegen rechte und rassistische Gewalt ermitteln.

Begründung:

Laut den Bilanzen der unabhängigen Beratungsstellen für Betroffene von Menschenfeindlichkeit und rechter Gewalt im Freistaat - B.U.D. und Before - ist der Beratungsbedarf im Bereich rechter und rassistischer Gewalt anhaltend hoch. Beide Beratungseinrichtungen gehen von einer hohen Dunkelziffer bei rechten und rassistischen Angriffen in Bayern aus.

Zwischen den polizeilich registrierten und den bei den Beratungsstellen bekannt gewordenen Vorfällen klafft eine erhebliche Diskrepanz. Viele Betroffene stellen erst gar keine Anzeige, auch aufgrund schlechter Erfahrungen mit langwierigen und erfolglosen Ermittlungsverfahren. Einige Fälle bleiben entweder unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit oder werden von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht als Straftaten erkannt. Sie tauchen in den offiziellen Statistiken der Sicherheitsbehörden überhaupt nicht auf.

Die bayerischen Opferberatungsstellen fordern deshalb Verbesserungen bei der behördlichen Erfassung rechter Angriffe, damit das wahre Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt überhaupt angemessen registriert werden kann. Eine bayernweite Analyse und Bestandsaufnahme zu rechtsextremen und rassistischen Gewalttaten und Übergriffen kann hierzu eine wichtige fachliche Grundlage liefern.

Die Opferberatungsstellen beobachten insbesondere eine hohe Zahl an auch gewalttätigen Angriffen auf Geflüchtete und Muslim*innen. Auch jenseits von gewalttätigen Übergriffen nehmen die Beratungsnachfragen in Fällen von alltäglicher Ausgrenzung und Diskriminierung zu. Als häufigstes Tatmotiv werden Rassismus und insbesondere antimuslimischer Rassismus benannt.

Für eine sensible Erfassung von rechten Angriffen, alltäglicher Diskriminierung und rassistischen Vorfällen ist es wichtig, die Perspektive der Betroffenen zum Ausgangspunkt der Bestandsaufnahme und Analyse zu machen. Hierzu müssen auch qualitative Methoden und Interviews mit Betroffenen in das Setting der Studie einbezogen werden. Es geht explizit darum, die Erfahrungen, Wünsche und Bedürfnisse der von rassistischen und rechtsextremen Übergriffen betroffenen Menschen zu erfassen und zu berücksichtigen. Hierzu ist eine gute Vernetzung der Forschungseinrichtung mit zivilgesellschaftlichen Fachberatungsstellen und Initiativen betroffener Menschen erforderlich.